

Nicht fair

Die Ungleichheit wächst

Die Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern, so lautet Ziel 10 der 2030-Agenda. Doch wie bei nahezu jedem der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung ist die Weltgemeinschaft auch hier noch weit davon entfernt, den selbst gesteckten Ansprüchen gerecht zu werden. Im Gegenteil: Aktuelle Studien zufolge verringert sich der Abstand zwischen Arm und Reich nicht, sondern er wächst.

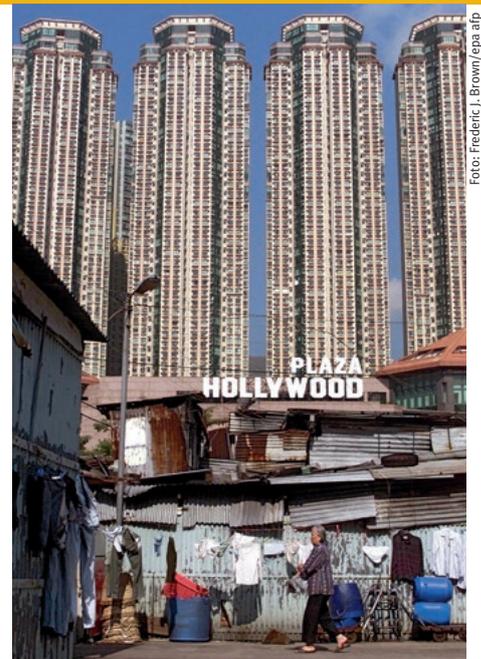
So veröffentlichte die internationale Hilfs- und Entwicklungsorganisation Oxfam vor Beginn des Weltwirtschaftsforums in Davos im Januar 2018 den Bericht „Reward Work, not Wealth“ (deutscher Titel: „Der Preis der Profite“). Darin konstatiert Oxfam eine weltweite Zunahme sozialer Ungleichheit: So seien im vergangenen Jahr 82 Prozent des globalen Vermögenswachstums an das reichste Prozent der Weltbevölkerung gegangen, während das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung stagniert hätte. Daher besitze heute das reichste Prozent der Weltbevölkerung über die Hälfte des globalen Vermögens, also mehr als die übrigen 99 Prozent zusammen. Noch weiter zugespitzt: Die reichsten 42 Personen auf der Welt besitzen genauso viel wie die gesamte

ärmere Hälfte der Menschheit, also 3,7 Milliarden Menschen.

Nach den Erhebungen von Oxfam sind Frauen besonders von dieser Einkommensungleichheit betroffen. Weltweit verdienen Frauen im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer. Es ist offensichtlich noch ein langer Weg, bis auch Nachhaltigkeitsziel 5, die Gleichstellung der Geschlechter, erreicht wird oder auch nur in greifbare Nähe rückt.

Kritik und Zustimmung

Oxfam verwendet für seine Berechnungen den „Globalen Reichtumsbericht“ der Schweizer Bank Credit Suisse und die Forbes-Liste der Superreichen. Diese Datenquellen und die daraus gezogenen Schlüsse werden von verschiedenen Wissenschaftlern und Medien in Zweifel gezogen. Sie beruhen zum Teil auf Schätzungen oder unvollständigen Statistiken, so ein Kritikpunkt. Zudem gehe die Credit Suisse vom Nettovermögen aus, ziehe also mögliche Schulden von der Habenseite ab – was dazu führen könne, dass ein Student an einer US-Eliteuni, der sein Studium mit einem Kredit finanziert,



Die Wellblechhütten der Armen müssen den Wolkenkratzern weichen.

ärmer gerechnet werde als etwa ein Kleinbauer aus Äthiopien, der überhaupt keinen Kredit bekomme.

Oxfam bestreitet solche „statistischen Unsicherheiten“ nicht, weist aber darauf hin, dass man die gleiche Berechnungsgrundlage wie der Internationale Währungsfonds oder die Bank of England verwende. Und die NGO steht nicht alleine da mit ihrer These, dass es bei der Verteilung des Wohlstands in vielen Ländern der Welt alles andere als fair zugehe: So wies im Dezember 2017 der „World Inequality Report“ der Pariser School of Economics (PSE) darauf hin, dass der Wohlstand von 50 Prozent der Einkommensbezieher in den USA seit 37 Jahren stagniere, während sich die Einkünfte des obersten Prozents auf 1,3 Millionen Dollar pro Jahr verdreifacht hätten.

Negativbeispiel Deutschland

Auch für Deutschland gibt es eine aktuelle Untersuchung zur Vermögensverteilung. Dafür hat eine Arbeitsgruppe um den Steuerexperten Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die regelmäßig von der Europäischen Zentralbank (EZB) erhobenen Zahlen für die Eurozone mit der Forbes-Reichenliste kombiniert und sich dabei auf Deutschland, Frankreich und Spanien konzentriert. Danach besaßen im Jahr 2014 die 45 reichsten Haushalte in Deutschland so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung, jeweils rund 214 Milliarden Euro. Und es geht noch ungerechter zu als in den Vergleichsländern: In Spanien verfügt die ärmere Hälfte der Bevölkerung über knapp zwölf Prozent des Vermögens, in Frankreich über mehr als sechs Pro-

Obdachlose: inzwischen ein alltägliches Bild in unseren Städten



Foto: Markus C. Hurek/dpa

zent, in Deutschland hingegen nur über 2,3 Prozent. Bei uns besitzen die reichsten zehn Prozent der Haushalte zwei Drittel des Vermögens, in Frankreich und Spanien jeweils weniger als die Hälfte. Auch laut Oxfam-Bericht ist Deutschland ein Negativbeispiel: Innerhalb der Euro-Zone ist die Kluft zwischen Arm und Reich nur in Litauen größer.

Besonders heikel: Kinderarmut

Mit einer Studie zur Kinderarmut in Deutschland hat die Bertelsmann Stiftung im Oktober 2017 den Fokus auf ein spezielles Problem gerichtet – mit bedrückenden Zahlen: Rund 21 Prozent aller Kinder leben bei uns über mindestens fünf Jahre dauerhaft oder wiederkehrend in einer Armutslage. Für weitere zehn Prozent ist das ein kurzzeitiges Phänomen. So oder so mit gravierenden Folgen, führt die Bertelsmann-Studie aus: beengtes Wohnen, wenig Geld für gesundes Essen, Bildung, Hobbies oder Urlaub und nur geringe Chancen auf gesellschaftlichen Aufstieg. Zwar bedeute Armut hierzulande für Kinder selten, kein Dach über dem Kopf oder kein Essen zu haben. Arm zu sein heiße aber, auf vieles verzichten zu müssen, was für Gleichaltrige ganz normal zum Aufwachsen dazugehöre.

Vor allem schließt es von vielen sozialen und kulturellen Aktivitäten aus – und es mindert die Bildungschancen ganz erheblich, wie der jährliche „Chancenspiegel“ belegt, den die Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dortmund und der Friedrich-Schiller-Universität Jena veröffentlicht. So hatten Neuntklässler aus höheren Sozialschichten 2014 etwa in Mathematik einen Wissensvorsprung von bis zu zwei Jahren gegenüber ihren Klassenkameraden aus bildungsfernen Familien. „Wer schon als Kind arm ist und nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann, hat auch in der Schule nachweisbar schlechtere Chancen. Das verringert die Möglichkeit, später ein selbstbestimmtes Leben außerhalb von Armut zu führen“, sagt Jrg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Er fordert einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik: „Der Bedarf von Kindern und Jugendlichen soll in den Mittelpunkt des familienpolitischen Handelns rücken.“

Demokratie in Gefahr

Angesichts der weltweiten Situation schlagt nicht nur Oxfam, sondern auch die Welthungerhilfe Alarm: „Die neuesten Studien zeigen, dass die Ungleichheit in der Welt extrem zu-

Kunden der Essener Tafel warten mit ihren Einkaufstrolleys vor der Ausgabestelle.



Foto: Roland Wehnau/epa



Ungleichheiten verringern!

Das UN-Nachhaltigkeitsziel 10 lautet: Ungleichheiten in und zwischen Ländern reduzieren. Das Global Policy Forum erläutert in einem Arbeitspapier (64 S.) die verschiedenen Formen ökonomischer, sozialer und politischer Ungleichheiten und die damit verbundenen Indikatoren. Und es erörtert, welche Ansatzpunkte und Politikinstrumente es gibt, um Ungleichheit zu reduzieren. Die Broschüre entstand im Rahmen des von unserer Stiftung geförderten Projekts „2030.de“.

➔ Download und Bestellung unter www.2030agenda.de

nimmt. Das gilt nicht nur für den Reichtum, sondern auch für die Konzentration von Macht bei kleinen Eliten“, so der Vorstandsvorsitzende Dr. Till Wahnbaeck. Gravierende wirtschaftliche Unterschiede und die ungleiche Verteilung von sozialer und politischer Macht führten zu Mangelernährung, so Wahnbaeck. Dies zeige sich auch darin, dass besonders Frauen, ethnische Minderheiten und Kleinbauern vom Hunger bedroht seien.

Für Oxfam geführt die große materielle Ungleichheit auf lange Sicht die demokratischen Grundlagen. Wer arm ist, beteilige sich weniger an der Politik, und seine Anliegen würden nicht so sehr gehört. Viele Menschen verlören das Interesse an Wahlen, weil sie sich von den Politikern nicht vertreten fühlten, oder wendeten sich Protestparteien mit einfachen Lösungen und klaren Feindbildern zu. „Die extreme Ungleichheit hält Menschen in Armut gefangen, zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ist ökonomisch kontraproduktiv und in der Konsequenz für uns alle katastrophal.“ Um hier eine Kehrtwende einzuleiten, müsst laut Oxfam die weltweiten Steuer-schlupflcher für Konzerne und Superreiche geschlossen werden. Weitere Forderungen der Organisation sind faire Einkommen für Frauen und Männer sowie massive Investitionen in Bildung und Gesundheit.